

Thomas Bäuml
Heinestr. 11c
97070 Würzburg

Würzburg, 12.Mai 2014

Sehr geehrter Herr Präsident Martin Schulz,

Seit September 2013 sind Europas Tierschützer und Tierfreunde über ein Gesetz entsetzt, welches das Einfangen von Straßentieren in Rumänien vorschreibt und das Töten nach 14 Tagen erlaubt, sofern die Tiere nicht vermittelt werden konnten.

Dass Tierschutz in Europa in allen großen Parteien eine untergeordnete Bedeutung hat, daran ist man als Tierfreund gewohnt. Wieso sich über die nächste Ungerechtigkeit gegenüber Tieren und ihren Beschützern aufregen?

Weil das Gesetz auf einer Lüge begründet wurde

Anfang September 2013 wurde in Bukarest ein vier Jahre alter Junge von Hunden auf einem privaten Gelände getötet. Politiker und Medien nahmen das tragische Ereignis zum Anlass, die uneffektive und primitive Jagd auf Straßenhunde erneut zu eröffnen.

Somit konnten die weltweiten Proteste gegen die umweltschädlichen Schürfmethode und Umsiedlungen in Roşia Montană sowie die strukturelle politische Korruption in Rumänien aus dem Focus der Öffentlichkeit genommen werden. Nach Angaben der Anti-Korruptionsbehörde in Bukarest waren zu diesem Zeitpunkt 28 von 341 Abgeordneten des rumänischen Parlamentes entweder wegen Korruption verurteilt worden oder standen vor Gericht. Außerdem liefen etwa hundert Verfahren gegen Bürgermeister und ihre Stellvertreter.

Zeitgleich sollte eine Erweiterung des Antikorruptionsgesetz zur erweiterten Immunität für Rechtsanwälte und Politiker sogar gegen den politischen Widerstand von Rumäniens Staatspräsident Traian Basescu in Kraft gesetzt werden.

"Mit der Gesetzesänderung missachtet Rumänien zwei internationale Abkommen, die das Land 2002 und 2004 ratifiziert hat - die Strafrechtskonvention über Korruption des Europarats und die Uno-Konvention zur Korruption", kritisiert die rumänische Anti-Korruptionsbehörde.

Dass letztendlich der kleine Ionut nicht durch Straßenhunde so tragisch ums Leben kam, wurde von einem rumänischen Gericht am 21.März 2014 bestätigt und eine Anklage gegen mehrere Personen zugelassen.

Dieser Umstand wird von der Politik bisher totgeschwiegen.

Weil dieses Gesetz uneffektiv ist und die jahrzehntelange erfolgreiche Arbeit von Tierschutzverbänden zunichtemacht.

Schnellübersetzung von Eckhard Kretschmer, Hamburg anlässlich Pressekonferenz vom 12.02.2014 - **MdEP Janusz Wojciechowski** (Sprecher der Kommission welche im Januar Tierheime in Bukarest und NGOs besuchten)

„Was gerade passiert, ist nicht nur einfach unmenschlich! Es ist auch uneffektiv! Es ist zu einem Geschäft für private Unternehmen geworden, die Geld für das Einfangen und Einschläfern der Tiere erhalten sowie für den Betrieb der Tierheime, wobei Tierheim sicher nicht das richtige Wort ist, wenn man berücksichtigt, was im Inneren passiert!

Das kostet also viel Geld und ist viel Profit für die beteiligten Unternehmen, deren Interesse nicht an einer Lösung des Problems liegt. Sie wollen, dass das Problem so lange wie möglich existiert, und sie damit so viel Geld verdienen können wie möglich.

Sie sind also recht glücklich über die ansteigende Anzahl der Straßenhunde, die sie einfangen können um ihre Ziele zu erreichen und damit Geld verdienen zu können.

Wir haben viele Hunde - junge Hunde - dort draußen gesehen. Es ist klar: Die Regierung löst das Problem nicht, sie vergrößert es.

Ich glaube, das beunruhigt die gesamte EU. Jedenfalls erhalten wir Briefe von überall aus der EU. Und es untergräbt Rumäniens positives Image. Viele Leute werden sich zweifellos kaum dafür entscheiden, Urlaub in Rumänien zu planen, wenn sie riskieren müssen, solche schrecklichen Dinge sehen zu müssen.

Ich glaube, wir müssen die rumänische Regierung dazu bringen, ernsthaft nachzudenken. „

MdEP Zanoni

„Als wir das erste Mal in Bukarest waren, sahen wir viele Menschen, die diesen Straßenhunden geholfen haben. Es gibt also Menschen, die sie füttern, ihnen helfen. Diese Hunde sind also zähmbar und ruhig. Und es gibt viele Menschen in Rumänien, die Hunden so helfen!

Was gerade passiert ist wirklich traumatisierend für diese Menschen!

Wir versuchen, eine Einstellung gegenüber Tieren zu entwickeln, die unseren Entwicklungsstand im 21. Jahrhundert widerspiegelt, aber, unglücklicherweise, und ich versuche, es diplomatisch zu sagen: Die Situation in Rumänien ist nicht auf diesem Niveau.“

Soweit der realistische Blick der Kommission. Dem ist nur hinzuzufügen, dass in den Kommunen, in welchen eine Zusammenarbeit mit Tierschutz funktioniert und flächendeckend das Trap-Neuter-Return Kastrationsprogramm durchgeführt wurde, sich die Population an Straßenhunden drastisch verringert hat. Augenblicklich werden vorwiegend an Menschen gewöhnte und kastrierte Tiere aufs brutalste eingefangen oder ihren Besitzern entwendet. In Oradea, wo momentan wieder Tötungen angedacht sind, wurde die Zahl von 4.500 Straßentieren auf 350 reduziert, ohne Leid für Mensch und Tier. Nur auf dem Weg einer vernunftbezogenen, tier- und menschenwürdigen Politik.

Weil die Ausführung dieses Euthanasiegesetzes gegen Tier- und Menschenrechte verstößt.

Hier einige Vergehen und Verbrechen, die der Bukarester Stadtverwaltung untergeordnete Tierschutz-Aufsichtsbehörde **ASPA** vorgeworfen werden:

Das betrifft vor allem Verletzung der Eigentumsrechte von EU-Bürgern. Das Recht auf Eigentum ist nach Artikel 17 der UN-Menschenrechtscharta geregelt und wird von Artikel 17 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union geschützt. Betroffen ist ebenso das Europäische Übereinkommen zum Schutz von Heimtieren.

- Einbruch/Diebstahl in Private Shelter nahe der Vier-Pfoten-Hundeklinik in Burglary am 21. März 2014, wobei 90 zum Teil gerade kastrierte Hunde entwendet wurden.
- Im Tierheim von Bragadiru, das unter der Leitung der ASPA steht, wurden Tiere von Mitarbeitern der Stadtverwaltung geschlagen, misshandelt und qualvoll getötet. Die Videos wurden im rumänischen Fernsehen ausgestrahlt.
- Es existieren in den sozialen Medien viele Berichte von Haustieren, die ihren Besitzern von den Hundefängern einfach gestohlen wurden. Dies passiert vielfach auf nicht öffentlichen Grund.
- Adoptionen oder Zurückholen der eigenen Haustiere werden, wie die EU-Kommission schon feststellte, entgegen dem Wortlaut des Euthanasiegesetzes nahezu unmöglich gemacht.

Artikel 13 des Vertrags von Lissabon:

"Bei der Festlegung und Durchführung der Politik der Union in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Binnenmarkt, Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt tragen die Union und die Mitgliedstaaten den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung; sie berücksichtigen hierbei die Rechts- und Verwaltungsvorschriften und die Gepflogenheiten der Mitgliedstaaten insbesondere in Bezug auf religiöse Riten, kulturelle Traditionen und das regionale Erbe."

Wieso aufgrund unklarer Verantwortlichkeiten und des Subsidiaritätsprinzip gerade die Schutzlosesten der Schutzlosen nicht geschützt sind, mag dem Geist dieses Gesetzes zu widersprechen oder in der Kontinuität der EU-Gesetzgebung liegen. Dieser Mangel ist sofort zu beheben oder der Wähler und Tierschützer ist hier absichtlich getäuscht worden.

Weil ich Bürger Europas bin

Europa hat sich viele Verdienste erworben. Das Schengener Abkommen ist genauso wegweisend wie eine gemeinsame Währung. Viel hat sich im wirtschaftlichen und ökonomischen Bereich getan.

Aber es widerspricht meinem ureigensten sozialdemokratischen Verständnis in der Tradition eines Willy Brand oder der Europaidee von Helmut Kohl, Missstände nicht klar zu benennen und die Hilflosen unter Mensch und Tier nicht zu schützen und **Tier-Mord hat in Europa keine Heimat**.

Wir sprechen hier nicht mal von sogenannten Nutztieren oder von Tierversuchen.

Der Tierschutz erkennt das Problem der übergroßen Population unter den Straßentieren in Osteuropa und dies ist auch nur in diesen Ländern lösbar.

Da das Geld für diese Kastrationen vorrangig aus dem Tierschutz kommt, würden in Rumänien finanzielle Reserven für soziale Projekte frei werden.

Wieso ein mörderischer und teurer Nichtlösungsansatz gewählt wird, ist für mich nicht nachvollziehbar.

Wie viele Bilder und Berichte von getöteten, erschlagenen und den Hungertot in Rumäniens Tierheimen sterbenden Tieren kann Europa oder ein Mensch ertragen?

Wann manifestieren sich fremdenfeindliche Ressentiments in den Köpfen der Menschen?

Wie viel emotionale Verwahrlosung oder Traumatisierung einer Gesellschaft können wir hinnehmen?

Wann akzeptieren wir, dass Gewalt gegen Tiere sehr schnell in Gewalt gegen Menschen übergreift?

Wie wollen Sie die aufgeklärten Werte Europas schützen und die politisch-kulturelle Zugehörigkeit kommunizieren, wenn Sie schon bei klar definierten Gesetzesverstößen in einem Mitgliedsstaat Ihre Handlungsgrenzen oder Ihren Handlungsunwillen eingestehen müssen?

“...Rumäniens derzeitiges Handeln widerspricht den Werten und Zielen der EU und ist eine Schande für ein modernes Europa...”(Dr. Inge Gräßle MdEP, Europäisches Parlament)

Über: Yes we care – Protect the Romanian Strays

Bürgerrechtsbewegung, gegründet im Dezember 2013 in Würzburg. Dezentrale Struktur zur Organisation von Demonstrationen, Mahnwachen, Informationsveranstaltungen und organisierter Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Straßenhundemanagement in Osteuropa nach Vorbild der Ostermärsche/Montagsdemonstrationen.

Web: <http://www.mapofhope.wordpress.com>,

Facebook: <https://www.facebook.com/yeswecare.de>

Ansprechpartner für Rückfragen

Thomas Bäuml, tbaeumler1@yahoo.de, 0152 08638355

Eckhard Kretschmer, ekretschmer@yahoo.de, 0172 6616663

Über eine Antwort Ihrerseits würde ich mich freuen.

Nichtstun beschädigt Rumänien, beschädigt Europa und nicht zuletzt das Amt, welches Sie anstreben.

Sie können auch persönlich am 17.Mai 2014 an einer Veranstaltung in Ihrer Nähe teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Bäuml